

# Pressemitteilung



## Bund-Länder-Gipfel

### „Keine Lockdown-Politik mit dem Holzhammer“

**Berlin, 10.08.2021** - *Vor dem Treffen der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder am heutigen Dienstag erklärt Bundesärztekammer-Präsident Dr. Klaus Reinhardt:*

„Mit steigender Impfquote in Deutschland und der zunehmenden Entkopplung von Inzidenz und Krankheitslast müssen Bund und Länder ihre Corona-Politik neu ausrichten. Notwendig ist eine Langfrist-Strategie, wie wir auf Dauer mit dem Virus koexistieren können. Wir können unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben nicht immer wieder aufs Neue stilllegen. Statt simpler Lockdown-Politik mit dem Holzhammer im Sinne bloßer Kontaktreduzierung brauchen wir zielgenauere und evidenzbasierte Anti-Corona-Maßnahmen in Deutschland. Weil viele Menschen, vor allem Kinder und Jugendliche, unter den Beschränkungen in vielfältiger Form leiden, ist das auch aus medizinischen und psychosozialen Gründen dringend erforderlich.“

Neben der Zahl der Neuinfektionen sind vor allem die Hospitalisierungsrate, die Zahl der tatsächlich an Covid-19 Erkrankten, die Test-Positivrate, die Impfquote und die Altersstruktur der Infizierten für die Beurteilung der Gefahrenlage entscheidend. Die im Juni ausgelaufene Bundes-Notbremse, für die allein die Inzidenz ausschlaggebend war, sollte durch ein bundesweit einheitliches Ampelsystem mit verschiedenen Indikatoren ersetzt werden. Die meisten der dafür erforderlichen Daten werden von den Gesundheitsämtern, vom Robert Koch-Institut sowie von Wissenschaftlich-Medizinischen Fachgesellschaften erhoben und liegen vor. Man muss sie nur nutzen.

Dauerhafte Einschränkungen für Ungeimpfte nach der sogenannten 2-G-Regelung muss die Ultima Ratio bleiben, wenn sich eine Überlastung der

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

**Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft**

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

Ansprechpartner:  
Alexander Dückers  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.baek.de](http://www.baek.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Kliniken nicht anders verhindern lässt. Entscheidender ist jetzt, dass Bund und Länder heute ihre Impfkampagne neu justieren. Die Aufforderung „Ärmel hoch“ allein reicht nicht mehr aus. Wir brauchen Klarheit darüber, warum sich Menschen nicht impfen lassen wollen, damit wir die einzelnen Gruppen gezielt ansprechen können. Es ist doch nicht jeder zweite Deutsche überzeugter Impfgegner. Viele haben den Gang zum Arzt oder in das Impfzentrum möglicherweise aus profanen Gründen aufgeschoben. Hier können kreative Incentivs die Motivation steigern.

Andere fühlen sich nicht ausreichend informiert oder wurden von Impfgegnern gezielt desinformiert. Diese Menschen müssen wir aufklären. Das können Ärztinnen und Ärzte allein nicht leisten. Hier muss die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung medial nachlegen und insbesondere in den sozialen Netzwerken auch über Fake-News aufklären. Wir dürfen radikalen Impfgegnern nicht länger die Meinungsführerschaft in den sozialen Netzwerken überlassen.“